

Zuletzt wurden wieder rote Teppiche für den international als Kriegsverbrecher angeklagten russischen Präsidenten in den USA und in China ausgerollt. Neue Allianzen werden geschmiedet, neue Ambitionen in eine „ewige Zukunft“ investiert. Putin erscheint so stark, strategisch und unersetzbar wie nie zuvor. Doch dieser Siegeszug markiert zugleich das Ende der Ära der „gelenkten Demokratie“ mit ihren liberalen Fassaden – an ihre Stelle tritt der offene Totalitarismus.

Seit dem 1. September 2025 verschärft Russland seine repressiven Gesetze in bislang ungekanntem Ausmaß. Mit der Kriminalisierung schon des bloßen Lesens oder Suchens nach „extremistischen Materialien“ greift der Staat in den innersten Bereich des Denkens ein. Die Grenze der Strafbarkeit verschiebt sich von unerwünschten Handlungen hin zur Überwachung unerwünschter Gedanken. Parallel beschneiden neue Vorschriften zur Weitergabe von Mobiltelefonen, die Pflichtinstallation der staatlichen App „Max“ und das Werbeverbot für VPN-Dienste die letzten Rückzugsräume digitaler Autonomie.

Zugleich zwingt das Werbeverbot für als „unerwünscht“ eingestufte Websites Unternehmen und Bürger in umfassende Selbstzensur. Bei Verstößen gegen die neuen Ordnungswidrigkeitsvorschriften drohen Geldbußen bis zu 500 Euro für Privatpersonen und bis zu 10.000 Euro für Unternehmen und Organisationen. Telefonate über Whatsapp oder Telegram gehören der Vergangenheit an. Die Verlangsamung des Netzes und die Blockade sozialer Medien sind längst Alltag. Das Land wird Stück für Stück von der Welt abgeschnitten.

Der Orwell'sche Große Bruder will jeden Winkel des Lebens kontrollieren – Sprache wie Verhalten, öffentlich wie privat. Russland zählt inzwischen zu den am stärksten überwachten Gesellschaften der Welt: In Moskau allein sind Hunderttausende Kameras installiert, viele davon mit Gesichtserkennung gekoppelt. Im Rahmen des Programms „Safe City“ analysiert KI den öffentlichen Raum, registriert selbst kleinste Regelverstöße in Echtzeit. Milliardeninvestitionen treiben die Ausweitung in die Regionen voran – von Bahnhöfen über Wohnviertel bis in die Schulen. Offiziell als Kriminalitätsprävention deklariert, dient das System längst der politischen Kontrolle: Oppositionelle werden anhand biometrischer Daten identifiziert und festgenommen. Bis ins Jahr 2030 soll das Netz auf mehrere Millionen Kameras anwachsen, auch Schattenzonen wie Treppenhäuser oder Keller werden erfasst – ein Krieg gegen die Anonymität, der das Land in ein einziges Panoptikum verwandelt. Zugleich ist der Staat zum unsichtbaren Mitbewohner jeder Wohnung geworden: Schon Kinderzeichnungen oder Tagebucheinträge gegen den Krieg können zur Verhaftung der Eltern führen, private Chats in Messenger-Diensten gelten vor Gericht als öffentliche Aussagen, selbst Beerdigungen gefallener Soldaten unterliegen Geheimhaltungsvorschriften. So wird das Private endgültig in einen Prüfstein politischer Loyalität verwandelt – und die totale Kontrolle zur Lebensform.

Die russischen Behörden haben ein System des Terrors geschaffen, das jede Form von Abweichung identifiziert und gnadenlos kriminalisiert. Mit dem Austritt aus der Europäischen Antifolterkonvention hat die Regierung den Repressionsorganen freie Hand gegeben. Wer früher die Antikorruptionsstiftung FBK unterstützte, riskiert heute bis zu 15 Jahre Haft – allein bis Mitte 2025 wurden 76 Strafverfahren in 38 Regionen eröffnet, eine landesweite Kampagne. Gleichzeitig wächst die Zahl der Verfahren wegen „Landesverrats“ und „Diskreditierung der Armee“ rasant: Zwischen 2022 und 2024 registrierten die Gerichte fast 9000 Fälle, meist wegen Äußerungen im Internet



Die Vergangenheit wird übermalt und unkenntlich gemacht: Graffiti mit dem Porträt von Alexej Navalny.

Foto EPA

Wer die Memoiren Alexej Nawalnyjs besitzt, schwebt in Gefahr

Der Putinismus hat seine volle Kraft erreicht: Russlands Alltag befindet sich im Griff des Totalitarismus.

oder sogar beiläufiger Worte im Alltag. Auch die „Beleidigung des Präsidenten“ wird mit drakonischen Geldstrafen und Arrest verfolgt – schon ein ironischer Kommentar, Graffiti oder ein Meme reichen aus. Antikriegsaktionen wie das Anzünden von Rekrutierungsbüros oder Stromkästen werden als „Terrorismus“ eingestuft – entsprechend schnell schießen die Statistiken politischer „Terrorakte“ in die Höhe.

Allein in der ersten Hälfte diesen Jahres, so berichtet da Onlineportal Verstka, registrierten die russischen Sicherheitsbehörden 1347 solcher Vorfälle. Selbst Symbole der Opposition – etwa der Besitz der Memoiren von Alexej Nawalnyj oder Fotos von ihm – stellen eine Gefahr dar. Laut OVD-Info sind derzeit 3898 Personen von politisch motivierten Strafverfahren betroffen, davon befinden sich 1701 bereits in Haftanstalten. Eine ungeheure Zahl von Regimegegnern ist in psychiatrischen Kliniken eingesperrt und einer Zwangspsychiatrie nach sowjetischem Muster ausgeliefert. Der Entzug der Staatsbürgerschaft des Oppositionspolitikers Ilja Jasinin reaktiviert eine lange verdrängte Kategorie der Entrechtung.

Wie Hannah Arendt bemerkte, gedeiht totalitäre Herrschaft dort, wo die Grenze zwischen Fakten und Fiktionen verwischt – genau dieses Ziel verfolgt der Krell mit seiner Propaganda, und die Bildungseinrichtungen sind ihr bevorzugtes Experimentierfeld. Seit der Vollinvasion wird das russische Bildungssystem in eine totale Institution verwandelt, die Loyalität er-

zwingt. Mit den „Gesprächen über das Wesentliche“, die seit dem 1. September 2025 selbst in Kindergärten stattfinden, werden schon Vorschulkinder auf Vaterlandsliebe, orthodoxe Werte und die Verehrung des Präsidenten eingeschworen – auch in den besetzten ukrainischen Gebieten. Einheitliche Lehrpläne, in denen Krieg und Heroismus dominieren, formen sie zu „zukünftigen Soldaten“. An Feiertagen wie dem Verfassungstag müssen Kinder „rote Ecken“ mit Putin-Porträts und Nationalflaggen gestalten, Veteranen empfangen oder Videobotschaften des Präsidenten anschauen – Rituale der Unterordnung, die an sowjetische Praktiken der Dankbarkeit gegenüber Stalin erinnern.

Schulen sind auch zum Bollwerk des Putinismus geworden. Fremdsprachenunterricht wird gekürzt, dafür werden „traditionelle Werte“ dem Lehrplan hinzugefügt. In der Zukunft soll ein Pflichtfach „Geistig-moralische Kultur Russlands“ samt Prüfung in Patriotismus eingeführt werden. Mit dem einheitlichen Geschichtslehrbuch von 2023 erfüllte sich Putins alter Traum, nicht mehr Meinungsvielfalt zuzulassen, sondern eine „einzige Wahrheit“ zu verkünden. Die russische Geschichte erscheint darin als lineare Heldenerzählung: ein ewiges Opfer westlicher Bedrohung, stets gerettet durch starke Herrscher – bis hin zu Putin. Der Westen, die Ukraine und die baltischen Staaten werden konsequent als Feinde darge-

stellt, russische Kriege als Akte notwendiger Verteidigung.

Mit Ernennung des Generalstaatsanwalts Igor Krasnov zum Vorsitzenden des Obersten Gerichts droht die Verschmelzung von Justiz und Staatsanwaltschaft zu einem Arm der Exekutive. Krasnov, ohne richterliche Erfahrung oder juristische Ausbildung, machte Karriere als treuer „Wachhund“ des Kremls: Er verantwortete die Schließung von Memorial, die Verfolgung von Wahlbeobachtern der Organisation „Golos“ sowie den Kampf gegen Nawalnyj und seine Strukturen. Sein möglicher Aufstieg steht exemplarisch für die jüngere Generation der Silowiki (Sicherheitseliten): Auf höchste Posten gelangen nur jene, deren absolute Gefolgschaft außer Zweifel steht.

Immer enger zieht der Staat die Grenzen des Sagbaren: Denken und Fühlen sollen sich vorbehaltlos dem staatlich geförderten Kulturkampf unterordnen. Neue Gesetze kriminalisieren nicht nur Kritik an der Armee, sondern auch die vage definierte „Diskreditierung“ – zwischen 2022 und 2024 führte dies zu fast 9000 Verfahren, meist wegen Posts in sozialen Netzwerken oder beiläufiger Worte im Alltag. Auch Musik wird zur Gefahrenzone: Ende August kam es in mehreren Städten zu Massenverhaftungen, weil Straßenmusiker Lieder verbotener „Auslandsagenten“ – wie Zemfira, Morgenstern oder Bi-2 – spielten.

Parallel dazu greift die totalitäre Logik tief in den kulturellen Raum: Literatur wird nicht nur zensiert, sondern sym-

bolisch „verbrannt“. Seit Sommer 2022 verschwanden zahlreiche Werke aus dem Verkauf, gestützt auf neue Gesetze gegen „LGBT-Propaganda“. Razzien in Buchläden und Verlagen, das Entfernen von Büchern aus Regalen oder deren Entsorgung in Müllcontainern rufen Erinnerungen an die dunkelsten Kapitel totalitärer Regime wach. Ein Fanal setzte der Fall der Regisseurin Schenja Berkowitsch und der Dramatikerin Swetlana Petrijtschuk, die 2023 verhaftet und im Juli 2024 zu je sechs Jahren Haft verurteilt wurden, weil ihr Stück „Finist, der klare Falke“ angeblich „Terror rechtfertigt“ – ein beispielloser Präzedenzfall seit der Sowjetära. Das mehrfach ausgezeichnete Theaterstück rekonstruierte auf Grundlage von Ermittlungsakten und Zeugenaussagen, wie Frauen aus Russland online von IS-Anhängern rekrutiert wurden und nach Syrien ausreisten.

Der gegenwärtige russische Staat greift aktiv auf die Körper seiner Bürger zu: Abtreibungen werden eingeschränkt, während zugleich hohe Einmalzahlungen für schwangere Schülerinnen und Studentinnen eingeführt werden – eine doppelgleisige Strategie aus Verbot und Anreiz. Offiziell als Familienförderung deklariert, zielt sie auf die „biologische Stärke der Nation“, wobei der weibliche Körper zur Ressource nationaler Sicherheit degradiert wird. Parallel dazu rekrutiert der Staat monatlich bis zu 35.000 Soldaten für den Krieg; über 130.000 sind bereits gefallen, Schätzungen sprechen von weit höheren Zahlen.

Diktaturen unterdrücken, doch sie eröffnen zugleich Räume für Selbstverwirklichung und neue Formen von Solidarität – sie laden zum Mitmachen ein. Deshalb ist Denunziation so populär, deshalb wird der Krieg zur sinnstiftenden Tugend: Aus den weiten Provinzen führt er in den Westen (Ukraine), mit Freibrief für Gewalt und Raub. Solidarität entsteht auch im Hinterland – Antidrohnen-Netze knüpfen, Schutzengrabenkerzen herstellen, Lebensmittel, Medikamente und Ausrüstung für die Front sammeln. An die Front liefern die Freiwilligen nicht nur warme Kleidung, sondern auch Leichensäcke. Doch diese militärisierte Matrix des öffentlichen Lebens ist längst nicht für alle akzeptabel. Laut soziologischen Umfragen von Russian Field und dem Lewada-Zentrum, die im Sommer 2025 durchgeführt wurden, zeigt sich eine allmähliche Demobilisierung der öffentlichen Meinung: Rund 60 Prozent befürworten ein sofortiges Waffenstillstandsszenario ohne Vorbedingungen, gefolgt von Verhandlungen. Im September erreichte diese Zahl 72 Prozent.

Winston Smith, der Protagonist in George Orwells dystopischem Roman „1984“ (1949), suchte Zuflucht in den Nischen der Natur – im Wald, in einer verlassenen Hütte – in staatsfreien Räumen, um dem totalisierenden Blick des Großen Bruders zu entkommen. Ähnliche Fluchtbewegungen werden heute aus Russland berichtet: Männer, die sich der Mobilisierung entziehen, desertierte Soldaten oder einst loyale Staatsdiener, die in die Wälder fliehen und dort monatelang unter härtesten Bedingungen überleben. Was einst als „innere Migration“ galt – Schweigen, kritische Gespräche in der Küche, Rückzug ins Private – reicht nicht mehr. Im totalitären Staat muss man sich buchstäblich verbergen. Einzelschicksale verdichten sich zu einem düsteren Panorama neuer Unsichtbarkeit. Im Selbstverständnis Russlands als imperialer Weltmacht gibt es für solche verzweifelten, einfachen Menschen keinen Platz – sie werden zu Verrätern erklärt oder zu Kanonenfutter abgestuft. Wie so oft wird das Einzelleben der Größe der Nation und ihrer historischen Mission geopfert.

Der Autor lehrt Zeitgeschichte und Osteuropäische Geschichte an der Universität Bielefeld.

Obersalzberg ausgezeichnet

Die European Museum Academy hat die Dokumentation Obersalzberg für ihre Dauerausstellung „Idyll und Verbrechen“ mit dem undotierten Luigi Micheletti Award ausgezeichnet. Die 2023 neu eröffnete Ausstellung befindet sich im ehemaligen „Führersperrgebiet“ oberhalb von Berchtesgaden. Im Mittelpunkt steht der historische Ort Obersalzberg, den Adolf Hitler zu seiner Wahlheimat machte. Anhand von 350 Exponaten zeigt die Schau, wie der Obersalzberg zu Hitlers zweitem Regierungssitz ausgebaut wurde. Konzipiert hat die Ausstellung das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, welches das Museum im Auftrag der Bayerischen Staatsregierung fachlich betreut. Die alte, 1999 eröffnete Ausstellung war zu klein geworden, sie wurde um einen Neubau erweitert (F.A.Z. vom 28. September 2023), seither kamen 430.000 Besucher. Der Jury gefiel, wie das neue Museum „ein sehr schwieriges Narrativ“ meisterte, „das sich auf die groteske Geschichte der nationalsozialistischen Führung konzentriert, die die wunderbare Landschaft der Umgebung genießt, während sie gleichzeitig über das schreckliche Schicksal von Millionen Menschen in Europa und darüber hinaus entschied“. Die Auszeichnung wurde am vergangenen Samstag in Budapest verliehen. hhm

Rembrandt wird restauriert

Rembrandts „Blendung Simsons“ von 1636 im Städel Museum wird restauriert. Das monumentale Historien-gemälde von zwei Metern Höhe und mehr als drei Metern Breite zählt zu den Hauptwerken der europäischen Kunstgeschichte. Frühere Restaurierungen sowie natürliche Alterungsprozesse haben Spuren am Gemälde hinterlassen. Die nun geplante, über drei bis vier Jahre laufende Restaurierung soll Rembrandts Werk wieder in der von ihm intendierten Intensität erlebbar machen. Die Planungen für das Projekt hatten bereits im Rahmen der Schau „Nennt mich Rembrandt! Durchbruch in Amsterdam“ (2021/2022) und dem begleitenden Forschungskolloquium „Rembrandt im Spiegel neuer technologischer Untersuchungen“ begonnen. F.A.Z.

Protest für Afrika-Professur

Mehr als tausend Akademiker protestieren in einer Petition gegen die Streichung der Professur für afrikanische Kunstgeschichte an der Freien Universität Berlin. Die Professur soll im Zug von Sparmaßnahmen an den Berliner Universitäten gekürzt werden, die allein in diesem Jahr mehr als 140 Millionen Euro betragen. An der FU Berlin sind die Kürzungen gleichmäßig über alle Fachbereiche verteilt. Die Professur für afrikanische Kunstgeschichte ist seit 2022 nur vertretungsweise besetzt, nachdem ein Berufungsverfahren scheiterte. An ihr hängt der Petition zufolge der deutschlandweit einzige Studiengang zur afrikanischen Kunstgeschichte. Die wissenschaftliche Expertise sei wichtig für die derzeit laufende Provenienzprüfung afrikanischer Kunstobjekte in Museen. Die Entscheidung über den Erhalt liegt bei Dekanat und Präsidium. F.A.Z.

STRIZZ LITERATURPREISRÄTSEL

von Volker Reiche

2. RÄTSELTAG



1.10.25

